

Solidarität und Individualisierung - Handlungsspielräume und veränderte Handlungs- konzepte der Gewerkschaften in der „Risikogesellschaft“

Dr. Rudolf Welzmüller, geb. 1949 in Landsberg/Lech, Industriekaufmann, Zweiter Bildungsweg, Studium der Wirtschaftswissenschaften in Frankfurt, ist seit 1978 wissenschaftlicher Referent beim WSI des DGB.

„Der Ausdruck Individualismus' umfaßt das denkbar Heterogenste . . . eine gründliche, historisch orientierte Begriffsanalyse wäre gerade jetzt wieder wissenschaftlich höchst wertvoll...“ *Max Weber* „Das Ideal der Unabhängigkeit jedes einzelnen wird zwingend für Menschen, die auf materieller Ebene in viel größerem Maße voneinander abhängig sind als alle ihre Vorgänger“. *Lois M. Dumont*

Individuelle Entfaltung:

Ein schwieriger Begriff für gewerkschaftliche Politik

Nicht nur gegenüber den Gewerkschaften, sondern generell gegenüber sozialistischen Bewegungen hält sich das Vorurteil, diese würden mit einem gesellschaftspolitischen Konzept der Stärkung individueller Entfaltungsmöglichkeiten ihre Schwierigkeiten haben. Dabei formulierte doch schon Marx als Ziel der politischen und ökonomischen Veränderungen eine Gesellschaft, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingungen für die freie Entwicklung aller ist“. Diese Formulierung mag auch heute noch manche überraschen, da häufig bewußt oder unbewußt der umgekehrte Bedingungs Zusammenhang gesehen wird.

Vor dem Hintergrund der beobachtbaren praktischen Politik verwundert es andererseits nicht, daß es zu den genannten Vorurteilen kommt. Gleichwohl wird bei einer solchen Einschätzung der wesentliche Punkt verfehlt: Gewerkschaftliche Politik an sich muß darauf gerichtet sein, allgemeine gesellschaftliche beziehungsweise kollektivrechtliche Bedingungen für die Möglichkeit individueller Wahlmöglichkeiten/differierender Lebensformen und so weiter zu schaffen. Bereits in dieser Aufgabe liegen besondere Schwierigkeiten:

- Die Attraktivität dieser Politik ist für die einzelnen nicht offenkundig. Vielmehr muß dieser Zusammenhang zwischen Individuum und gesellschaftlichen *Regelungs- und Sicherungsformen erst politisch vermittelt werden*. - Je erfolgreicher gewerkschaftliche Politik *in* der Schaffung solcher Bedingungen ist, desto „selbstverständlicher“ werden diese. Da das Selbstverständliche nicht motivationsstärkend ist, bringt es keineswegs automatisch

das Bewußtsein von der Notwendigkeit gewerkschaftlichen Engagements mit sich.

- Die Regelungsformen selbst (wie: Recht, Macht, Partizipation) sind wenig anschaulich und direkt und laufen Gefahr, das „Apparathafte“ der Gewerkschaften zu verstärken.

Diese Probleme sind gewiß nicht neu, sie geraten allerdings vor dem Hintergrund der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung schärfer ins Blick- und Aktionsfeld. Das ist auch gut so, da auf diese Weise die Gewerkschaften gezwungen werden, über gewachsene Politikinhalt und -formen nachzudenken.

Gemäß der These, daß sich gewerkschaftliche Politik um die Schaffung allgemeiner gesellschaftlicher Bedingungen als Voraussetzung für die Erweiterung individueller Gestaltungschancen kümmern muß, ist nicht die mit „Individualisierung“ gefaßte Erweiterung individueller Optionsmöglichkeiten, sondern die gegenwärtig und zukünftig geforderte neue Gestaltung des Verhältnisses von Politik, gesellschaftlichen Regelungen und Individuum das Problem. Die Schwierigkeit, aber auch das Interessante an dieser Diskussion ist, daß bisherige „Normalitätsstandards“ durch tatsächliche gesellschaftliche Entwicklungen in Frage gestellt sind, neue oder modifizierte Standards noch nicht gefunden, geschweige denn gesellschaftlich verankert sind. In der Bezeichnung „Risikogesellschaft“ (Ulrich Beck) werden wichtige Elemente dieser jüngeren gesellschaftlichen Entwicklungen zusammengefaßt, wenngleich dies womöglich kein besonders scharfer theoretischer Begriff ist. Mit ihm verbinden sich folgende gesellschaftliche Tatbestände:

1. Die Entwicklung der Produktion/der Produktivkräfte ist sich selbst zum Problem geworden, und zwar sowohl hinsichtlich der ökonomischen Resultate (Arbeitslosigkeit), als auch der ökologischen Konsequenzen und der „Sinnhaftigkeit“ (Wachstumsziel? Technisch Machbares auch machen? und so weiter) des Tuns.
2. Konflikte und Interessen sind nicht mehr eindeutig den Klassenlinien zuzuordnen, Risiken haben sich „demokratisiert“, wenngleich die hierarchischen/klassenbezogenen Zuordnungen noch ihre Gültigkeit haben.
3. Individuen ordnen sich nicht mehr eindeutig und gewissermaßen über alle Lebensphasen bestimmten Kollektividentitäten zu.
4. Der Wandel der gesellschaftlichen Einbindung der Individuen geht mit neuen Optionen für individuelle Lebensformen, aber auch damit verbundenen Risiken einher.

Es bleibt die Frage, welche Rolle die Gewerkschaften als soziale Organisation bei der Gestaltung aber auch Schaffung jener ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen spielen, die die Voraussetzungen für die individuellen Entfaltungschancen sind. Schon die Formulierung dieser Frage verrät natürlich eine bestimmte Auffassung vom Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und „Individualisierung“.

Die konservativen/wirtschaftsliberalen politischen Gruppierungen unterstellen, daß im Zuge der historischen und ökonomischen Entwicklung aus dem „halbierten“, nämlich nur im staatsbürgerlichen Sinne eigenständigen Individuum ein auch im wirtschaftlichen Sinne „autonomes“ Individuum entstanden sei. Das Gerüst sozialstaatlicher Sicherung könne deshalb weitgehend abgebaut und auf minimale Sicherheitserfordernisse reduziert werden. Dem steht die Position gegenüber, daß es sich bei Individuen allemal um „gesellschaftliche Wesen“ (Marx) handele und die Reichhaltigkeit der individuellen Entfaltungschancen an gesellschaftliche Bedingungen geknüpft sei. Diese These von der gesellschaftlichen Natur des Individuums bezieht sich auf mehrere Dimensionen:

- Der Prozeß der jeweiligen individuellen „Menschwerdung“ ist ein Prozeß der Internalisierung von gesellschaftlich-kulturellen Vorstellungen und Werten. Norbert Elias hat beschrieben, wie sehr die sogenannte zivilisatorische Entwicklung mit dem Internalisieren von Normen, mit dem „Aufbau“ individueller Selbstkontrolle verbunden ist¹. Das, was als autonomes Individuum erscheint, ist bereits durch internalisierte Selbstkontrolle gezeichnet.
- Die Ausprägung von bestimmten Lebensphasen - Kindheit, Bildung/Ausbildung, Post-Adoleszenz und so weiter - ist nicht nur gesellschaftlich-kulturell entstanden, sie ist in einem sehr konkreten finanziellen Sinne an die gesellschaftliche Bereitstellung von Ressourcen gebunden.
- Die individuelle Fähigkeit von Lebensplanung schließlich ist an die gesellschaftlich vermittelte Garantie einer kontinuierlichen, auf den gesamten Lebenszyklus bezogenen materiellen Sicherung gebunden. Diese ist die unabdingbare Voraussetzung für die Wahrnehmung individueller Optionen. Im historischen Verlauf der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gesehen lag/hegt in der Verbesserung der sozialen Sicherheit im Lebenszyklus der „vielleicht wichtigste Wandel in der materiellen Lage der Arbeiter“.² An dem Erfordernis, diese Sicherheitsleistung gesellschaftlich zu erbringen, hat sich nichts, an der Art und Weise aber, wie sie erbracht werden soll, Beträchtliches geändert.³

Dies führt wieder zurück zu der Frage, in welcher Weise gewerkschaftliche Politik konzeptionell auf die veränderten Bedingungen zu antworten vermag.

1 Elias, N., *Der Prozeß der Zivilisation*, Frankfurt 1977.

2 Mooser, J., *Arbeiterleben in Deutschland 1900 bis 1970*, Frankfurt 1984, S. 97.

3 Auch bei enger Ökonomie-theoretischer Betrachtung wird die Vorteilhaftigkeit kollektiver Sicherung deutlich. In neueren Beiträgen zur Theorie staatlicher Versicherungs- und Umverteilungssysteme wird dies gezeigt: „..., daß bei substantieller Unsicherheit und zumindest partiellem Marktversagen kollektive Sicherungssysteme, die ausdrücklich auf Planbarkeit und Verlässlichkeit abstellen, durchaus nicht nur die Sicherungsziele selbst effektiver erreichen können als private Lösungen, sondern in bestimmten Bereichen sogar ökonomisch effizient zu operieren vermögen.“ Rolf, G., Spann, P. E., Wagner, G. (Hrsg.), *Sozialvertrag und Sicherung. Zur ökonomischen Theorie staatlicher Versicherungs- und Umverteilungssysteme*, Frankfurt 1988, S. 20.

Konzeptionelle Anknüpfungspunkte

I.

Der gewerkschaftlichen Aufgabe, allgemeine kodifizierte gesellschaftliche Bedingungen des Arbeitens und Lebens zu schaffen, liegt das normative Prinzip der *Gleichheit* zugrunde. Es ist die besondere Schwierigkeit gewerkschaftlicher Politik, das vermeintlich buntscheckige und quirlige Phänomen der „Individualisierung“ mit dem Gedanken der Schaffung gleicher Bedingungen in Beziehung zu bringen. Gleichwohl muß dieses alte republikanische, selten verwirklichte und schwierige Ideal „Gleichheit“ von wachsender Bedeutung für die gestaltende Politik der Gewerkschaften werden, und zwar:

- zum einen im Hinblick auf das Ziel, die materiellen Voraussetzungen (Erziehung, Bildung, Arbeitsplatz, Einkommen, soziale Sicherung und so weiter) für individuelle Entfaltung gleichzugestalten;
- zum anderen, um die tief in die Alltagskultur reichende geschlechtsspezifische Diskriminierung und Spaltung zu überwinden;
- schließlich, um über den Abbau von Hierarchien und Machtmonopolen demokratische Lebensformen zu verallgemeinern.

Nach wie vor hat Rossana Rossanda die Feststellung Gültigkeit: „In unserer Zivilisation ist die Teilung der Arbeit und der Aufgaben so eng verknüpft mit dem Prinzip der Hierarchie unter Ungleichen, daß bereits die Vorstellung der Gleichheit das System bis zum Siedepunkt erhitzt“.⁴

Eine besondere Schwierigkeit, „Gleichheit“ als politikleitendes Prinzip zur Geltung zu bringen, liegt in dem Problem, individuell wahrgenommene Konflikte als allgemeine (gesellschaftliche) zu enträtseln. Gewerkschaftliche Politik muß also erst „Interpretationshilfe“ geben und kann nicht - wie diverse individual-psychologische, -pädagogische und so weiter Beratungsdienste - unmittelbar am Individuum ansetzen. Doch die Vermittlung ist deshalb nicht unmöglich, weil in den Problemen selbst die materiellen Anknüpfungspunkte angelegt sind:

- Die prägenden Probleme der „Risikogesellschaft“ - zum Beispiel Ökologiefragen - veranschaulichen sinnlich die Gleichheit in der Betroffenheit („Smog ist demokratisch“).
- Die heftigen Auseinandersetzungen über die geschlechtsspezifische Spaltung dieser Gesellschaft thematisieren in einem radikalisierten Sinne - es geht nicht nur um Kompensation, die ja immer am Männer-Standard gemessen würde, sondern um gleiche Möglichkeiten für Frauen, eigene und eigenständige Lebensstile zu leben - die Gleichheit der Geschlechter.
- Die Bildungs- und Qualifikationsvoraussetzungen, die selbst ein zentraler Faktor der „Individualisierung“ sind, liefern eine bessere Basis als je zuvor für eine durch politische Diskussion vermittelte Einsicht in die Notwendigkeit, gleiche/egalitäre Ausgangsbedingungen zu schaffen.

⁴ Rossanda, R., *Einmischung*, Frankfurt 1980, S. 116.

- Auch die alten, an den Arbeitsmarkt und die Themen der sozialen Sicherung geknüpften Interessen haben sich ebenfalls verallgemeinert. „Bei allen Unterschieden wachsen so auch die Gemeinsamkeiten, insbesondere die *Gemeinsamkeiten der Risiken*, über unterschiedliche Einkommenshöhen, Bildungsabschlüsse hinweg. In der Konsequenz wird einerseits die mögliche und reale Klientel der Gewerkschaften erheblich *erweitert*, andererseits aber auch in neuer Weise *gefährdet*.“⁵

Mit „Gefährdung“ ist hier gemeint, daß die verallgemeinerten Lohnarbeitsrisiken nicht aus sich heraus Gemeinsamkeiten schaffen, sondern daß diese erst politisch verdeutlicht werden müssen. Dabei bestehe aber die Gefahr, daß die Betroffenen Heber zu individuell anknüpfenden Therapien greifen, diese folglich zur Konkurrenz für gewerkschaftliche Formen der Konfliktbearbeitung werden. Diese Argumentation ist nicht überzeugend. Sicherlich werden individuelle Therapien an Bedeutung gewinnen. Das hat schlicht damit zu tun, daß in wachsendem Maße nicht mehr nur die Angehörigen der Mittel- und Oberschicht typisches Klientel solcher Therapieform sind, sondern diese auch von breiteren Schichten der Bevölkerung in Anspruch genommen werden. Aber es ist davon auszugehen, daß sich dieser Vorgang der vermehrten Inanspruchnahme individuell ansetzender Therapien parallel und nicht als Ersatz zu der gleichzeitig als wichtig empfundenen Ebene der Gewerkschaften entfalten wird. Es kommt also zu einer Relativierung der Reichweite gewerkschaftlicher Konzepte, nicht aber zu deren Ersatz. Gewerkschaften werden zu akzeptieren haben, daß es eine plurale Struktur von Konfliktbearbeitungsinstitutionen gibt.

II.

Neben dem Gedanken der „Gleichheit“ wird ein lebendiges Konzept der „Demokratisierung“ Basis künftiger gewerkschaftlicher Antworten auf gesellschaftliche Entwicklungen sein müssen.

Das deutlichere Hervortreten des Individuums hängt mit der Entfaltung demokratischer Politikstrukturen zusammen. „Der Individualismus ist demokratischen Ursprungs ... die Demokratie zerreißt die Kette und isoliert jedes Glied“ (Tocqueville). Auch wenn dieser Prozeß wiederum mit der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung verknüpft ist, so kommt ihm doch eine eigenständige Erklärungskraft zu. In der bundesrepublikanischen Wirklichkeit ist in den siebziger und achtziger Jahren zum ersten Mal eine Generation aufgetreten, der die Formen demokratischen Lebens selbstverständlicher als vorangegangenen Generationen geworden sind. Gemeint ist dabei nicht das auf das Mehrheitsprinzip reduzierte formale Demokratiemodell, sondern die Durchdringung des gesellschaftlichen Lebens mit Formen der Beteiligung, Mit- und Selbstbestimmung und -gestaltung. Sicherlich ist der Prozeß der Demokratisierung in der Bundes-

⁵ Beck, U., Risikogesellschaft — Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986, S.154 f.

republik Deutschland noch keineswegs abgeschlossen - er wurde vor allem vor den Büros und Fabriken gestoppt; unvergessen sind auch die Beschlüsse zu den Berufsverboten und so weiter. Gleichwohl sind demokratische Formen des Lebens in einem viel selbstverständlicheren Sinne Grundlage für die Ansprüche und Verhaltensweisen nachwachsender Generationen geworden. Hier liegt aber auch noch ein Potential an derzeit „überschüssigem“ Beteiligungs- und Selbstbestimmungswunsch. Horst Kern weist auf derartige Ansprüche bei den Arbeitnehmern hin: „Die modernen Arbeitnehmer sind Transparenzfanatiker und kritisieren den immer noch gegebenen Arkan-Charakter der betrieblichen Herrschaftsstruktur“.⁶ Gewerkschaften werden diesen Aspekt gewandelten Verhaltens in ihr Konzept und in ihr Selbstverständnis aufnehmen müssen. Denn: „Die passive Folgebereitschaft großer Teile der Arbeitnehmerschaft zu temporärer gewerkschaftlicher Massenmobilisierung ist als wesentliche Beziehung zwischen Gewerkschaften und Arbeitnehmern ein Produkt der fünfziger und sechziger Jahre und eng an die damaligen objektiven und subjektiven Bedingungen geknüpft“.⁷ Konkret wird dies bedeuten:

- Forderung nach Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen auf der Ebene der Betroffenen, das heißt zum Beispiel Mitbestimmung am Arbeitsplatz, betriebsnahe Formen der Tarifpolitik;
- neues Verhältnis von zentraler und dezentraler Organisation und „Durchlüftung“ der innergewerkschaftlichen Strukturen;
- Erweiterung des politischen Mandats im Hinblick auf die Gesamtgesellschaft: „... daß die Gewerkschaftsbewegung ... als Akteur im politischen System mehr und mehr an Bedeutung gewinnt, das heißt als Akteur im politisch-ökonomischen und sozialen Entwicklungsprozeß ...“.⁸

III.

Das Stichwort von der „Individualisierung“ verweist auch darauf, daß sich die einzelnen Personen aus den historisch vorgegebenen Sozialformen und -bindungen herausgelöst haben. Für die Gewerkschaften ergeben sich hieraus Konsequenzen: Die Entscheidung des einzelnen, Gewerkschaftsmitglied zu werden, wird ihm kaum noch vom sozialen Milieu abgenommen. Dabei ist es nicht nur dieses Auflösen traditioneller Sozialmilieus, sondern es sind vor allem auch die differenzierter gewordenen individuellen Lebensverläufe, die den Zugang zu Gewerkschaften veränderten. Die längere schulische Bildungs-/Ausbildungsphase verschiebt nicht nur den Zeitpunkt des Eintritts ins Erwerbsarbeitsverhältnis, sie schafft auch qualifikatorische Voraussetzungen, fördert eigenständige Lebensformen und Ansprüche und führt zu „Politikkontakten“ (wie zum Beispiel Kirchen, Bürgerinitiativen, Dritte-Welt-Aktionen und so weiter) außerhalb der Gewerkschaften. Die Politisierungsprozesse sind

⁶ Kern, H., in: express-Zeitung, für Betriebs- und sozialistische Gewerkschaftsarbeit, Heft 7-8/1988.

⁷ Schauer, H., Gewerkschaftspolitik und Beteiligung, in: Fricke, W., Schuchardt, W. (Hrsg.), Beteiligung als Element gewerkschaftlicher Arbeitspolitik, Bonn 1984, S. 228.

⁸ Touraine, A., Kommentar, in: ARGUMENT-Sonderband, AS 167, S. 71.

in einer anderen Weise als früher in die Biographie eingelagert. Die Gewerkschaften sind also keineswegs mehr - was die Ausformung der politischen Bewußtseinsformen angeht - die „Schule der Arbeiterbewegung“.

Andererseits führt gerade die mit der „Individualisierung“ beschriebene Herauslösung der einzelnen aus traditionellen Verbänden zu einem Defizit an sozialen Bezügen. Der die Gewerkschaftsbewegung prägende Gedanke der *Solidarität* kann vor dem Hintergrund dieser Entwicklung von besonderer Bedeutung werden. Zwar ist Solidarität immer an konkrete Inhalte (betriebliche Konflikte; Verteidigung von Rechten und materiellem Standard; Forderungen und so weiter) gebunden, sie hat aber die Kraft, zu einem verhaltens- und handlungsleitenden Motiv zu werden, da sie eben an bewußte/unbewußte Defizite/Bedürfnisse der isolierten Einzelnen anzuknüpfen vermag. Unternehmen versuchen in jüngster Zeit verstärkt, dieses Defizit für *ihre* Wertvorstellungen zu nutzen. Die Debatte um „corporate identity“ oder etwa die Verknüpfung von Kunst/Kultur mit Unternehmenswerbung versucht, Aspekte des Solidaritätsgedankens für ein modernes produktivistisches Konzept zu nutzen. Der „Themenklau“ greift auch auf den Begriff der Solidarität über.

Einen klassischen Anknüpfungspunkt für eine auf Solidarität zielende gewerkschaftliche Politik liefert schließlich die in dieser Schärfe neue Entwicklung hin zu auseinanderstrebenden Lebensverhältnissen. Allerdings muß man hier genauer hinsehen: Es ist nötig, den Aspekt der Differenzierung innerhalb der Arbeitnehmer klarer anzusprechen. Dabei geht es insbesondere um wachsende Unterschiede in der Einkommenslage. Diese Differenzierung spielt sich allerdings auf einem deutlich höheren materiellen Niveau ab als in den fünfziger und sechziger Jahren. Es macht einen Unterschied, ob eine arme oder ob eine reiche Gesellschaft in sich selbst vielfach segmentiert und differenziert ist. Zum zweiten läßt sich bezogen auf die Arbeitnehmer insgesamt (das meint also Arbeiter, Angestellte und Beamte) eine auf den ersten Blick in sich widersprüchliche Entwicklung beobachten: Zum einen haben sich nämlich im historischen Vergleich gesehen die Unterschiede zwischen den einzelnen Statusgruppen (also Arbeiter, Angestellte, Beamte) verringert, die materielle Lage hat sich stärker angeglichen. Zum anderen hat die arbeitsmarktliche und produktionstechnische/-politische Entwicklung neue Ausgrenzungen und Segmentierungen produziert, die in ihrer Schärfe zumindest für die bundesrepublikanische Phase neu sind. Für diese letztgenannte Entwicklung trifft wohl die Einschätzung von Kern/Schumann zu: „Wenn das Wort von den disparitären Lebensverhältnissen je einen Sinn gehabt hat, so jetzt“.⁹

IV.

Vor dem Hintergrund der „Risikogesellschaft“ gewinnt nicht nur der Gedanke der Solidarität, sondern auch jener der „gesamtgesellschaftlichen Vernunft“ neue Bedeutung. Und zwar in einem anderen Sinne, als dies politisch geläufig war/ist: Bisher sollte der Appell an die gesamtgesellschaftliche

⁹ Vgl. Kern, EL, Schumann, M., Das Ende der Arbeitsteilung?, München 1987, S. 23.

Vernunft Gewerkschaften zum Stillhalten, zur Kooperation statt zur Konfliktstrategie veranlassen. Nun wird vor dem Hintergrund der „Risikogesellschaft“ der Wahnwitz einer partikularisierten (einzelwirtschaftlichen) Verwertungslogik in einem zwar nicht neuen, aber sehr existentiellen Sinne offenkundig. „Gesamtgesellschaftliche Vernunft“ wird als produktionsleitendes und gesellschaftliches Leben organisierendes Prinzip von größerer Bedeutung. Dieser Aspekt verweist nochmals auf die bereits erwähnte Konsequenz, das politische Mandat im Hinblick auf die Gesamtgesellschaft in einem sehr praktischen Sinne auszuweiten. Es ist in der Tat so, „daß eine wesentliche Rolle der Gewerkschaften gegenwärtig und zukünftig darin bestehen wird, zur Berücksichtigung sozialer Zusammenhänge in der Steuerung der technischen und ökonomischen Entwicklung beizutragen“.¹⁰ Die praktische Kritik des partikularisierten, einzelwirtschaftlichen Verwertungsprinzips erfordert aber Konfliktbereitschaft. Nun sind die Gewerkschaften nicht selten in einer vertrackten Weise (Arbeitsplatzinteressen) in die einzelwirtschaftlichen/branchenbezogenen Kalküle eingewoben. Das Aufgreifen „gesamtgesellschaftlicher Vernunftinteressen“ versteht sich für Gewerkschaften beileibe nicht von selbst. Spannungen und Konflikte innerhalb und zwischen den Gewerkschaften sind unausweichlich. Gleichwohl liegt in der praktisch-politischen Orientierung auf „gesamtgesellschaftliche Vernunft“ eine Form der Interessenvertretung, die gute Chancen hat, das differenzierte Problembewußtsein „moderner“ Arbeitnehmer zu treffen.

V.

Die Utopie der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung ist mit dem „Sozialstaat“ nicht an ihr Ziel gekommen. Die sozialpolitische Durchdringung der kapitalistischen Produktion ist ohne Zweifel ein bedeutender gesellschaftlicher und zivilisatorischer Fortschritt. Die Vision von der Aufhebung der Lohnarbeit, von anderen Formen kooperativen und gesellschaftlichen Arbeitern, von Neugestaltung des Verhältnisses von Arbeits- und arbeitsfreier Zeit - allein schon diese Elemente einer „Ökonomie der Arbeit“ (im Gegensatz zur Ökonomie des Kapitals) reichen weiter, als derzeitige sozialstaatliche Ausprägungen.¹¹ Ganz zu schweigen davon, daß aufgrund gegebener Konstruktionsprinzipien - insbesondere der Verschränkung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung - der Standard gegebener sozialer Sicherung erst noch auf bisher benachteiligte Gruppen, insbesondere Frauen, ausgedehnt werden müßte. Gesellschaftliche Gestaltung der Arbeit und die sozialstaatliche Umwandlung der Ökonomie haben weiterhin zentrale politische Bedeutung. Nur in Verbindung mit der Verallgemeinerung des Zugangs zur Erwerbsarbeit werden sich die individuellen Optionen für alle erhöhen lassen. „Gerade aus der Perspektive von Frauen und Jugendlichen - hier sind die jungen Frauen wiederum

¹⁰ Touraine, S. 71.

¹¹ Marx und Engels beklagten, „daß in allen bisherigen Revolutionen die Art der Tätigkeit stets unangetastet blieb“ und daß es sich immer nur um „eine neue Verteilung der Arbeit an andere Personen“ handelte. Vgl. Marx, K., Engels, F., Deutsche Ideologie, MEW-Band 3, Berlin 1969, S. 69.

besonders betroffen - ist das Projekt einer wie immer neu zu entwerfenden Vollbeschäftigungspolitik keineswegs zu Ende“.¹² Allerdings - und dies macht das Problem noch schwieriger - wird es gleichzeitig um die Herausbildung eines veränderten Standards von „Normalität“ gesellschaftlichen Arbeitens gehen. Die Gewerkschaften haben hier eine zentrale Bedeutung, falls sie nicht in Verkennung der Situation im Erhaltenwollen des alten Standards erstarren. Gewachsene Bildungs-/Qualifikationsniveaus und Ansprüche auf demokratisierte Strukturen drängen danach, die Arbeit mit Nachdruck zu einer sinn-erfüllten, zweckbezogenen, gesellschaftlichen Tätigkeit umzugestalten. „Ich glaube indes, daß von einem bestimmten Punkt an das wichtigste soziale Problem nicht mehr im Fortschritt der Produktion zu sehen ist, sondern in der Arbeitsqualität und dem Wert der Arbeit für die Gemeinschaft“.¹³ Deshalb wird auch die Strategie der Neuverteilung der Arbeitszeit sich längerfristig gesehen verstärkt auf eine Politik der veränderten Nutzung der Zeit innerhalb der Arbeit (unter anderem Arbeitszeitverkürzung *in der* Arbeit) beziehen müssen. Dies deshalb, weil die Orientierung auf Produktqualität, auf Arbeitsinhalte und auf Fragen des „Was produzieren“ ebenso wie demokratische Formen der Arbeit eigene „Zeiträume“ beanspruchen. Auf diese Weise können erst die Bedingungen geschaffen werden für die praktische Abkehr von einem dumpfen „Produktivismus“, vor dem auch die alltägliche Gewerkschaftspolitik nicht frei war/ist.

VI.

Gewerkschaften lassen sich nicht mehr auf die Funktion der bloßen „Lohnmaschinerie“ reduzieren - diese Zeiten sind lange vorbei. Schon seit Anfang der siebziger Jahre gewinnen tarifpolitische Materien wie Technik, Arbeitsgestaltung, Arbeitsschutz, Qualifikation und schließlich Arbeitszeit an Bedeutung gegenüber den rein monetären tarifvertraglichen Vereinbarungen. Es sind nicht nur diese Gewichtsverlagerungen innerhalb des Kernbereichs gewerkschaftlicher Gestaltung, der Tarifpolitik, zu sehen, sondern auch das verstärkte Hineinwirken in die „sozialstaatliche“ Regulierung: Gewerkschaften sind spätestens mit dem stufenweisen und teils auch widersprüchlichen Ausbau des sozialpolitischen, auf der staatlichen beziehungsweise parafiskalischen Ebene angesiedelten Instrumentarismus an der sozialstaatlichen Gestaltung beteiligt. Durch die vielfach konstatierte Individualisierung und Pluralisierung von Lebensverläufen und Lebensstilen, durch die differenzierten Formen der abhängigen Erwerbstätigkeit, der Veränderungen in der Erziehungs- und sonstigen notwendigen häuslichen Arbeit, der während des Erwerbslebens ausgeweiteten Qualifikations-/Umschulungsmaßnahmen werden künftig die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Felder an Bedeutung gewinnen. Das hat zur Folge, daß Gewerkschaften „politischer“ werden müssen.

12 Ostner, I., Arme Frauen?, in: Opielka, M., Zander, M., Freiheit von Armut, Essen 1988, S. 56.

13 Sylos-Labini, P., Die neuen Klassenverhältnisse. Ein internationaler Vergleich des gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels, Frankfurt 1988. S. 179.

Bezogen auf die Sozialpolitik wird auch vor dem Hintergrund der „Individualisierung“ der Gedanke der materiellen Sicherung seine Bedeutung behalten. „Die Menschen müssen heute durchschnittlich mehr Entscheidungen treffen, mehr Informationen verarbeiten und mehr Wandel bewältigen als zu früheren Zeiten, ob sie dies wollen oder nicht. In diesem Sinn ist Individualisierung notwendige Kompetenz für Modernität. Zugleich aber verlieren frühere soziale Sicherheiten in Familie und Gemeinde, Berufswelt und Kultur an Beständigkeit und Verlässlichkeit. Dadurch entsteht ein steigender Sicherheitsbedürfnisdruck, der sich sowohl an staatliche und andere öffentliche Einrichtungen als auch an die veränderten Familienformen und Freundeskreise richtet. In diesem Sinn ist Sicherheit eine institutionelle Voraussetzung von Modernität“.¹⁴

Das beantwortet natürlich noch nicht die Frage nach den konkreten Formen, in denen diese soziale Sicherheit gewährleistet werden soll. Der Streit zwischen den Konservativen, die die gesellschaftlich organisierte soziale Sicherung auf ein Minimum (Mindestsicherung) reduzieren und den Rest der individuellen Vorsorge überlassen wollen und den Gewerkschaften, die der Logik einer solidarischen und generell gesellschaftlich gestalteten sozialen Sicherung anhängen, wird weitergehen. Gerade vor dem Hintergrund einer sehr differenzierten Entwicklung von materieller Ausstattung und von Ansprüchen innerhalb der breiten Gruppe von abhängig Erwerbstätigen liegt andererseits keine Chance und auch kein Sinn in einer radikal egalitären Gestaltung von Sozialleistungen - ohne Ansehung des bisher erreichten Lebensstandards und Arbeitseinkommens -, wie sie in manchen linken/grünen Ideen zu Anfang der Grundeinkommensdiskussion vorgeschlagen wurde. Der bewußtere, aber auch der „eigensinnigere“ Umgang mit sich selbst wird bei den einzelnen Personen nicht nur das Verlangen nach individuell wählbaren sozialen Dienstleistungen verstärken, sondern auch das Verlangen nach einer rechtlich eigenständigen und mit der bisherigen Lebenslage verknüpften sozialen Sicherung erhöhen.

Der Wunsch nach quasi versicherungsrechtlichen Garantien wird zunehmen. Dort, wo sozialamtliche Prüfungen im jeweiligen Sicherungssystem angelegt sind (Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe), wird die Stärkung der individuellen Rechtsstellung von größerer Bedeutung. Das hat Konsequenzen für die sozialpolitischen Konzepte wie Unterhalt beziehungsweise Familien- versus Kinderbezogenheit von Leistungen. Die individuelle Anspruchsebene muß verstärkt werden.

In einer Studie zu „Individualisierung und Sicherheit“ wird darauf hingewiesen, daß für die Pluralisierung künftiger Lebensstile maßgeblich sein werden¹⁵:

- die Entwicklung der Bildungsbeteiligung;
- die Entwicklung der Größenstruktur der Haushalte;

1- Zapf, W. u. a., Individualisierung und Sicherheit, München 1987, S. 18.

15 Vgl. Zapf, W. u. a., S. 18.

- die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit;
- die Entwicklung des durch lebensnotwendige Ausgaben gebundenen Anteils des Haushaltseinkommens.

Die gewerkschaftliche Politik wird sich auch unter gewandelten gesellschaftlichen Bedingungen auf solche „handfesten“ sozialökonomischen Strukturen beziehen müssen, um ihr gewandeltes Verständnis von gesellschaftlicher Gestaltung und Individuum praktisch werden zu lassen.